



Nein mit Folgen

Herbe Niederlage für EU-Kommissionschef Barroso: Vor zehn Jahren haben Franzosen und Niederländer in Volksabstimmungen den Verfassungsvertrag für die Europäische Union abgelehnt. Von Andreas Wehr

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 29. MAI 2015 · NR. 122 · 1,40 EURO / 47 CZK · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Meinungsumfrage

Die Linke in NRW schöpft wieder Hoffnung. Interview mit Özlem Alev Demirel

2

Militärpolitik

Heute beginnt in Singapur der »Shangri-la Dialogue«. China wirbt für regionalen Sicherheitsrahmen

3

Mitgliederversammlung

Flucht zum Flughafen: Arbeitgeber weichen Machtdemonstration streikender Erzieherinnen aus

5

Müllverbrennung

Unterschätztes Gift: Umweltschützer fordern strengere Grenzwerte für Quecksilber

9

Willkürdatei des BKA

Gestörtes Verhältnis zur Versammlungsfreiheit: Bundeskriminalamt speicherte linke Demonstranten jahrelang pauschal als »linksextreme Gewalttäter«. Von Ulla Jelpke

Das Bundeskriminalamt hat über Jahre hinweg Hunderte, wahrscheinlich sogar Tausende Personen rechtswidrig in einer Datei über gewalttätige »Linksextremisten« gespeichert. Das ergibt sich aus einem Bericht des früheren Bundesdatenschutzbeauftragten und auf Anfragen der Linksfraction an die Bundesregierung. Die schon vor sieben Jahren eingerichtete Zentraldatei »Politisch Motivierte Kriminalität – links« soll der Bekämpfung »linksextremistischer Straftäter« dienen. Angaben zu einzelnen Personen sowie zu Gruppierungen, Institutionen und Objekten können miteinander abgeglichen werden, um Zusammenhänge herzustellen.

Im März 2012 hatte der damalige Datenschutzbeauftragte Peter Schaar stichprobenartig einzelne Fälle der Datei unter die Lupe genommen. Der bis vor wenigen Wochen geheime, nun aber veröffentlichte Prüfbericht stellt gravierende Verstöße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften fest. Voraussetzung für die Speicherung ist eine »Negativprognose«, aus der hervorgeht, dass die betreffende Person in der Zukunft voraussichtlich eine Straftat begehen wird. Häufig fehle aber jeder Hinweis, der eine solche Prognose stützen könnte. Die Datei enthält Kategorien wie »Beschuldigte«, »Prüffälle« und »sonstige Personen«. Daran gibt es in dem Bericht Kritik: »Einige Personen waren wegen der Teilnahme oder Anmeldung einer Versammlung gespeichert«, ohne dass Tatsachen vorgelegen hätten, »die einen konkreten Zusammenhang mit Straftaten oder von der Versammlung ausgehenden Gefahren belegten.« Ein Anmelder wurde sogar gespeichert, obwohl aus den Polizeiakten hervorging, dass bisher von ihm angemeldete Demonstrationen friedlich geblieben wa-



Im Zweifel »linksextremistischer Straftäter«: Polizeieinsatz gegen eine Solidaritätsdemo für ein besetztes Haus in Frankfurt am Main (April 2013)

ren. Die Speicherpraxis berge die Gefahr, dass Personen gespeichert würden oder in den Fokus von Ermittlungen geraten, die an Straftaten nicht beteiligt oder nur zufällig an bestimmten Orten anwesend sind«, so der Bericht. Besonders bei Sitzblockaden bleibe oft unklar, »welche Straftat dem Betroffenen genau vorgeworfen wird«. Schaar nennt den Fall einer Demonstration in einem Bahnhof: Die Hälfte der Teilnehmer sei in einem Gleisbett »oder auf der Bahnsteigkante« gewesen – als »Linksextremisten« gespeichert wurden aber alle. Schaar verweist auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Sitzblockaden grundsätzlich unter

den Schutz des Versammlungsrechts gestellt hatte.

Konkrete Angaben zum Umfang der Datei lieferte aber erst jetzt die Bundesregierung in der Antwort auf eine Anfrage der Linksfraction: Im März 2012 waren 3.819 Personen gespeichert, davon 1.231 in den von Schaar besonders kritisierten Kategorien »sonstige Personen« und »Prüffälle«. Erst zwei Jahre nach der Prüfung begann das BKA eine Revision und löschte diese Kategorien größtenteils. Heute sind in der gesamten Datei noch 331 Personen gespeichert. Zwar könne man nicht genau sagen, wie viele Datensätze wegen abgelaufener Fristen entfernt wurden

und wie viele, weil die Speicherberechtigung fehlte, aber die Reduzierung um über 90 Prozent deute darauf hin, dass Tausende der Datensätze rechtswidrig angelegt worden sind. Vom BKA überholt wurden noch 32 andere Dateien in den Bereichen Organisierte Kriminalität und Staatsschutz, dabei wurden 15.000, bzw. 2.500 Datensätze gelöscht, die zu Unrecht Gespeicherten aber nicht informiert.

Für die Linksfraction deutet die BKA-Kategorisierung linker Demonstranten auf ein grundsätzliches Problem hin: Im Polizeiapparat fehle offenbar jede Sensibilität für den Stellenwert der Versammlungsfreiheit.

EU verlängert Sanktionen gegen Syrien

Brüssel. Die Europäische Union hat ihre Sanktionen gegen Syrien am Donnerstag um ein Jahr verlängert. Brüssel warf der Regierung von Präsident Baschar Al-Assad vor, die Zivilbevölkerung gewaltsam zu unterdrücken. Von den Strafmaßnahmen – Kontosperrungen, Handelsbeschränkungen und Einreiseverbote in EU-Länder – sind derzeit mehr als 200 Personen sowie 70 Unternehmen und Organisationen betroffen. Derweil hat der Chef des syrischen Al-Qaida-Verbündeten Al-Nusra-Front, Abu Mohammed Al-Scholani, erklärt, aus Syrien keine Angriffe auf den Westen verüben zu wollen. Die von der Türkei, Katar und Saudi-Arabien im Kampf gegen Syrien unterstützte Terrormiliz habe »Anweisungen«, das Land nicht »als Stützpunkt zur Verübung von Angriffen auf den Westen oder Europa zu nutzen, um den gegenwärtigen Krieg nicht zu beschmutzen«, sagte Al-Scholani in einem Interview mit dem katarischen TV-Sender Al-Dschasira. (AFP/dpa/jW)

G7: Behörden-TÜV für 10.000 Personen



Elmau. Das Bundeskriminalamt überprüft vor dem G-7-Gipfel auf Schloss Elmau voraussichtlich rund 10.000 Menschen. Dabei soll es sich um alle Dienstleister, Organisatoren und Medienvertreter handeln, die sich für den Zutritt zu einem der Sicherheitsbereiche rund um den Gipfel akkreditiert haben. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Münchner Grünen-Bundestagsabgeordneten Dieter Janecek hervor. Es sei mit einem »Aufkommen von etwa 10.000 zu überprüfenden Personen zu rechnen«, heißt es in dem Papier. Janecek wertete diese Zahl als »enorm«. Die Daten gehen auch an das Bundesamt für Verfassungsschutz und das bayerische Landeskriminalamt »zum Abgleich mit dortigen Dateien. Keinen Zugriff erhalten laut Bundesregierung ausländische Behörden oder Geheimdienste. (dpa/jW)

G7 gegen Griechenland

Finanzminister suchen Ausweg aus der Krise. Für kleine Staaten heißt dies nichts Gutes

Aus Athen war am Mittwoch nachmittag zu hören, eine Einigung bei der Rückzahlung der griechischen Staatsschulden sei gefunden. Dem widersprachen während eines Treffens der G-7-Finanzminister in Dresden die Gläubiger. »Die griechische Lesart wird hier von niemandem geteilt«, sagte ein Verhandlungsführer am gestrigen Donnerstag. Zu Spekulationen, die Euro-Gruppe könnte sich bereits in der nächsten Woche auf einer Sondersitzung mit Griechenland

befassen, hieß es, solche Pläne gebe es nicht.

Die Situation in der hellenischen Republik ist in Dresden kein offizieller Tagesordnungspunkt. Zu den zweitägigen Beratungen waren auch die IWF-Chefin Christine Lagarde, EZB-Präsident Mario Draghi, Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem und EU-Währungskommissar Pierre Moscovici angereist. Die ökonomische Krise sei weitgehend überwunden, die Weltwirtschaft befinde sich auf einem guten Weg, so Bundesfinanzminister

Wolfgang Schäuble (CDU).

Eine Diskussion mit Wirtschaftswissenschaftlern wie dem Nobelpreisträger Robert Shiller gab Schäuble dennoch »wertvolle Impulse« zur Krisenüberwindung. Aus deutschen Delegationskreisen hieß es zuvor, die G-7-Länder seien sich in der Grundfrage einig, dass neben Reformen solide Haushalte ein Schlüssel für mehr Wachstum und Wohlstand seien. Die Wissenschaftler vertraten offenbar in der Veranstaltung mit den Finanz- und Geldpolitikern sehr unterschiedliche

Positionen, wie man zu mehr Wachstum kommen könnte, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. »Die haben ein sehr breites Meinungsspektrum gehabt«, sagte ein Teilnehmer. Die Diskussion sei eher akademisch als konkret gewesen.

Zur G-7-Gruppe gehören neben der BRD die USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada. Mit dem Ministertreffen wird der G-7-Gipfel am 7. und 8. Juni auf Schloss Elmau in Bayern vorbereitet. (dpa/Reuters/jW) ■ Siehe Seite 6

jW wird herausgegeben von
1642 Genossinnen und
Genossen (Stand 21.4.2015)

www.jungewelt.de/lpg

Tschechische Republik: 47 CZK

